Heute „ULK“

Morgen-Ausgabe

Einzelnummer 50 Pf.

„Berliner Tageblatt u. Handels-Zeitung“ erscheint wöchentlich zwölfmal. Illustrierte Gratis-Wochenschriften: Jeden Sonntag „Der Weltspiegel“, jeden Dienstag „Modenspiegel“, jeden Mittwoch „Technische Rundschau“, jeden Donnerstag „Sportspiegel“, jeden Freitag Witzblatt „ULK“, jeden Sonnabend „Haus Hof Garten“. Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Deutsch-Oesterreichs, des tschechoslowak. Staates, Ungarns, der Schweiz, Luxemburgs, Belgiens, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens und Finnlands; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzbd. durch d. Exp. d. Bl. mögl. Bezugspreis: Durch d. Post monatl. 18 M. einschl. Zustellung, Ausland ausschl. Postaufschlag; für Berlin u. Vororte monatl. 23.— M. bei täglich zweimal. Zustellung ins Haus. Im Falle höh. Gewalt od. Streiks haben unsere Bezieh. kein. Anspr. auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechend. Entgelts. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW 19, Jerusalemer Straße 46—49 und den nebenstehend aufgeführten Filialen. (Fernspr.: Zentrum 10131—10144, f. d. Fernverk. 14207—14209.) Tel.-Adr.: „Berlibla“, Berlin. Insertionspreis: Zeile 12,50 M., Stellen-Gesuche und Familien-Anzeigen 7 M. Nachrufe nach übl. Tarif.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW 19, Jerusalemer Straße 46/49. Filialen: Leipziger Straße 103; Potsdamer Straße 33; Zimmerstraße 59; Königstraße 56/57; Rosenthaler Straße 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Köpenicker Straße 67/68; Rathenower Str. 3; Turmstr. 61; Schiffbauerdamm 4; Kochhannstr. 9; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. Allee 286 u. 346; Blücherstraße 69; Fidicinstr. 9; Wiener Str. 1/6; Greifswald. Str. 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Rheinsberger Str. 79; Charlottenbg.: Tauentzienstr. 2; Kantstr. 34; Scharrenstr. 39; Nürnbg. Str. 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunew.: Henriettenpl.; Lichtenbg.: Frankf. Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kais.-Friedrich-Str. 247/48; Pankow: Bornholm. Str. 1; Schulstr. 28; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Mart.-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllsstr. 7; Weißensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserpl. 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburg. Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradepl. 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 543
Ausgabe A Nr. 274

Freitag, 25. November 1921
50. Jahrgang

Das Ende des englisch-japanischen Bündnisses.

Das „gesicherte praktische Ergebnis“ der Washingtoner Konferenz.

Briands Enttäuschung.

(Privat-Funkentelegramm des „Berliner Tageblatt“.)

Washington, 24. November.

Die Gegensätze in der Landabrüstungsfrage bestehen fort. Briand verläßt heute Amerika mit enttäuschten Hoffnungen. Das ist der allgemeine Ausdruck. Sein Abschiedsbesuch bei Harding verlief überdies recht interessant und keineswegs so formell, wie es im offiziellen Communiqué heißt. Briand erging sich wieder in Klagen, erklärte sich aber hocherfreut über das weitgehende Verständnis, das er bei den amerikanischen Delegierten gefunden habe. Harding dankte für die Lobrede Briands, vermied aber jede Andeutung von Versprechungen über ein Zusammengehen mit Frankreich in der Landabrüstungsfrage. Die Rede Briands in der Vollsitzung am Sonnabend ist von der amerikanischen offiziellen Welt als Ablehnung einer englisch-amerikanischen Garantie gegen einen deutschen Angriff gedeutet worden. Harding unterließ es daher, auch auf diese Anregung, die übrigens von britischer Seite gefallen ist, zurück zu kommen, schon nicht um in den Verdacht zu geraten, England beim Aufstellen dieser „Falle“ (wie die Franzosen den Garantievorschlag nennen) behilflich zu sein. Die öffentliche Meinung sieht in dem Scheitern des Landabrüstungsvorschlages eine neue Bedrohung des Wilson-Friedens, dessen Schwächen heute klar in Erscheinung treten. Die französische Armee wird weiter stark bleiben, nicht um den Frieden zu sichern, sondern um Europa an der Kandare zu halten.

Das Bild der Konferenz ist recht eintönig geworden. In den Kommissionen verlesen die Referenten ihre Berichte, den Forderungen werden langatmige Vorbehalte entgegengesetzt. Die offiziellen Communiqués haben ein recht stereotypes Aussehen, etwa: „Der Ausschuß „Ferner Osten“ beriet neuerdings über die Frage der „Offenen Tür“, wobei die Vertreter Japans und Chinas den Standpunkt ihrer Regierungen darlegten.“ So geht es weiter. Recht dramatisch verlaufen eigentlich nur die Sitzungen des Landabrüstungskomitees, doch erfährt man nicht viel davon. Die Japaner sind des vielen Handelns müde. Sie haben den Sondervertrag mit Amerika so gut wie in der Tasche und sträuben sich, die chinesischen Erklärungen, die mit unendlich vielen Details vorgebracht werden, mit anzuhören. Die Chinesen lassen aber nicht locker. Sie haben in Hughes einen starken Fürsprecher und nützen diesen Umstand nach Kräften aus. Die Konferenzteilnehmer sind erschöpft. Man hofft aber die ostasiatischen Fragen noch vor Weihnachten erledigen zu können. Wenn auch täglich neue Schwierigkeiten auftauchen, glaubt man allgemein an einen, wenn auch nur moralischen Erfolg der Konferenz in den Abrüstungsfragen. Ein praktisches Ergebnis scheint ihr aber heute schon sicher: **Das englisch-japanische Bündnis wird nicht erneuert,** auch kein „quid pro quo“ geschaffen. In der Pacific-Kommission wird versucht, nach der japanisch-amerikanischen Sonderabmachung, auch mit Großbritannien zu einem Kompromiß zu gelangen. Es handelt sich darum, allen durch die Auflösung des japanisch-englischen Bündnisses entstandenen Möglichkeiten zu begegnen.

Die meisten französischen Delegierten verlassen am Sonnabend Washington.

Paris, 24. November. (W. T. B.)

Nach dem Sonderberichterstatter der „Chicago Tribune“ in Tokio findet die liberale Politik des neuen japanischen Ministeriums im Volk immer stärkere Unterstützung. Das Ministerium werde demnächst ein Programm bekanntgeben. Nach dem Berichterstatter besteht dieses Programm im wesentlichen aus folgenden Punkten:

1. Herabsetzung der japanischen Flotte auf 70 Prozent der amerikanischen bzw. englischen.

2. **Aufgabe des englisch-japanischen Bündnisses ohne ein dreiseitiges Abkommen im Stillen Ozean zu verlangen.** Die Initiative bei der Aufhebung des englisch-japanischen Bündnisses solle jedoch von englischer Seite ausgehen.

3. Statusquo hinsichtlich der Befestigungen und Flottenstützpunkte im Stillen Ozean.

4. Zustimmung zu jeder Inangriffnahme der chinesischen Frage innerhalb der großen chinesischen Mauer, wie von den übrigen beteiligten Nationen für wünschenswert gehalten werde. Japan werde sogar Konzessionen und Exterritorialitätsrechte aufgeben.

5. Aufgabe der bekannten 21 Forderungen, bis auf eine oder zwei in der Hoffnung, daß England seine Ansprüche auf die Souveränität in Tibet aufgebe.

6. Begründung der japanischen Sonderrechte in der Mandschurei mit der Anlage großer Kapitalien zur Entwicklung des mandschurischen Handels.

7. Kein Verzicht auf die Insel Sachalin, jedoch Räumung der Küstenprovinz, falls gewisse Bedingungen erfüllt werden.

In bezug auf die unter japanischem Mandat stehenden Inseln beabsichtige das Ministerium, die offene Tür in gleichem Umfang wie in der Mandschurei anzubieten.

England fordert Abrüstung zu Lande.

Eine Rede Lord Curzons.

(Telegramm.)

London, 24. November. (Reuter.)

In einer Rede, die Minister des Aeußern Lord Curzon heute bei einem Frühstück in der City hielt, gab er eine bedeutungsvolle Erklärung über die äußere Politik Englands ab. Er kennzeichnete die Washingtoner Konferenz als einen großen und bemerkenswerten Schritt auf dem Wege zum sittlichen Fortschritt der Menschheit. Die Abrüstung werde in das Gebiet praktischer Politik gerückt, wenn die Größe der Flotten gewisser Großmächte endgültig begrenzt werde, und in noch höherem Grade, wenn eine dieser Großmächte auftrete und ankündige, daß sie die Abrüstung in ihrem eigenen Falle mit der Einstellung bereits begonnener Schiffsbauten beginnen werde. Ein großer Teil der Spatenarbeit (spade-work) sei aber noch zu erledigen und, so fuhr Lord Curzon wörtlich fort: „Ich möchte gern das Wort Vorsicht aussprechen und gewisse Bedingungen anregen, die noch zu erfüllen bleiben. **Es ist nicht ratsam, die Rüstungen zur See zu beschränken, wenn wir mitansehen müssen, wie die Anhäufung ausgedehnter Rüstungen zu Lande sich höher und höher türmt.“**

Lord Curzon fuhr fort: „Ein Beispiel darf nicht von einer Nation oder sogar von zwei oder drei Nationen gegeben werden; es muß von allen Nationen im Verhältnis ihrer Lage und Fähigkeit befolgt werden. Für England ist es nicht angebracht, Opfer anzunehmen oder sich ihnen zu unterwerfen, wenn die andern sich ihnen entziehen. Die dritte Bedingung ist, daß, wenn wir als größte Seemacht der Welt, deren Existenz als Nation täglich von der Beherrschung der See abhängt, Willens sind, unsere Flottenstärke zu beschränken, **es anderen Mächten nicht gestattet sein darf, neue Maschinen oder Werkzeuge für Luft- oder Unterseeangriffe zu bauen,** die unsere Opfer nichtig machen können und die weit entfernt davon sind, uns in der stolzen Lage derer zu belassen, die das Beispiel gegeben haben, uns in der gefährlichen Lage lassen können, daß wir uns einer unverhältnismäßigen Gefahr ausgesetzt haben.

Lord Curzon sagte weiter, die dargelegten Punkte seien die einzigen Vorsichtsmaßnahmen und Bedingungen, die er an die Washingtoner Verhandlungen zu knüpfen wünsche, und betonte sodann das Bedürfnis internationaler Zusammenarbeit zur Wiedererlangung des Friedens. Er führte aus: „In Washington ist ein Fortschritt erzielt worden durch gemeinsame Beratung und gemeinschaftliches Vorgehen, ein Fortschritt, der zu seiner Verwirklichung Jahre erfordert hätte, wäre er der Initiative einer einzelnen Macht überlassen worden, die aus sich selbst heraus handelte. Ich möchte diese goldene Methode gerne überall dort anwenden, wo wir den Frieden in Europa wiederherzustellen wünschen. Das kann nicht dadurch erreicht werden, daß man den Zauberstab schwingt, sondern lediglich durch die Methode, die ich beschrieben habe. Nur durch gemeinsames Vorgehen ist die oberschlesische Frage, die von neuem Europa in Krieg zu verwickeln drohte, in den Bereich aussichtsvoller Lösung gerückt worden. Nur durch ein gemeinsames Vorgehen legte Italien in der Frage der Adriastellung seine Schwierigkeiten mit den Nachbarstaaten bei. **Nur durch ein gemeinsames Vorgehen kann Deutschland dazu gebracht werden, noch einmal, wie es doch schließlich tun muß, seinen Platz als friedliches Glied in der Gemeinschaft der Nationen einzunehmen.** Bezugnehmend auf die türkisch-griechischen Feindseligkeiten erklärte Curzon, es sei viel richtiger, daß keine der Parteien gewinne und der Friede zustande käme. Dies liege im Interesse beider Parteien und sei wichtig für Großbritannien. England habe, trotzdem es gegen die Türken kämpfte, keinen dauernden Streit mit der mohammedanischen Rasse. Wenn man nur den Argwohn töten könne, der zwischen Türken und Griechen herrsche, so werde man sie überreden können, daß für beide Platz im nahen Osten vorhanden sei. Diese Hoffnungen können sich jedoch nur erfüllen, wenn man diese Frage anfasse mit einer gemeinsamen Politik, einem gemeinsamen Ziel und einem gemeinsamen Plan.

* * *

Lloyd Georges Reise nach Washington.

(Telegramm.)

London, 24. November. (W. T. B.)

Wie die Blätter melden, hofft Lloyd George immer noch in der Lage zu sein, zur Abrüstungskonferenz nach Washington zu gehen. Es bestehe die Möglichkeit, daß er vor Weihnachten nach Washington fährt.

Zu Briands Verdächtigungen.

In Parlamentskreisen erwartet man, wie wir hören, daß die deutsche Regierung auf die vielfachen tatsächlichen Unrichtigkeiten und Verdächtigungen, die Briand in seiner Washingtoner Rede vorbrachte, antworten wird. Ob sich der Reichstag mit dieser Angelegenheit befassen, oder in welcher Weise die Reichsregierung diese Richtigstellung vornehmen wird, scheint noch nicht festzustehen.

Schweizer Briefe.

I. Die Wirtschaftskrise.

Von [Nachdruck verboten.]

Dr. Adolf Grabowsky.

Ein Deutscher, der in den Vereinigten Staaten eine Firma hat, ab und zu aber nach Deutschland fährt, sagte mir neulich, er habe, als er im Frühjahr dieses Jahres nach Amerika gekommen sei, eine Krise von solcher Schärfe gefunden, wie er das nie für möglich gehalten hätte. Im Januar, Februar, März dieses Jahres habe er in den europäischen Zeitungen viel über die wirtschaftlichen Kalamitäten Amerikas gelesen, aber erst auf dem Boden der Vereinigten Staaten sei ihm der Zustand des Landes wirklich klar geworden. Dasselbe läßt sich von der Wirtschaftskrise der Schweiz behaupten. Aus den üblichen Nachrichten der Blätter läßt sich kaum ein Bild gewinnen, nur wer eine Zeitlang im Lande ist, merkt, wie furchtbar die Schweiz leidet. Und er erkennt dann zugleich die Lage aller valutastarken Länder.

Am Anfang ist der Deutsche auf Schweizer Boden vergnügt, weil er wieder mit kleinen Summen rechnen darf. Fünfzig Centimes und ein Franken sind doch noch etwas. Sofern er aber über ältere Schweizer Erfahrungen verfügt, sieht er bald, daß, abgesehen von dem Unterschied der Valuten, die Schweiz selbst wesentlich teurer geworden ist. Alles ist gegen 1914 mindestens um das Doppelte, meist um das Dreifache gestiegen. Man bekam — jeder Schweizfahrer wird sich daran erinnern — eine einfache, aber anständige Pension nebst Zimmer für fünf bis sechs Franken, ja, wenn man Glück hatte, konnte man sogar schon für vier Franken leben und wohnen. Dasselbe kostet jetzt zwölf bis fünfzehn Franken. Und so fort.

Man steht vor der zunächst erstaunlichen Tatsache, daß auch in den valutastarken Ländern die Teuerung regiert. Gegenüber 1914 hat sich der Kurs des Schweizer Franken nur ganz unwesentlich gesenkt, und doch haben sich die Preise enorm erhöht. Denselben Vorgang treffen wir in den Ländern, die ebenso rangieren, in den Niederlanden, in Skandinavien, in den Vereinigten Staaten. Der Grund liegt in dem Warenmangel der Kriegszeit, in dem Ansturm der Käufer auf eine verringerte Warenmenge. Grund dieses Warenmangels wieder war die Herstellung unproduktiver, nur zu Kriegszwecken geeigneter Güter, und die verringerte Arbeiterzahl (von den Wirkungen des Unterseebootkrieges kann man in diesem großen Zusammenhange absehen). Auch die Schweiz hat für Kriegszwecke, nämlich für ihre eigenen Verteidigungszwecke, produziert. Wichtiger aber noch und verhängnisvoller wurde für sie der zweite Faktor: große Massen Arbeitender standen unter Schweizer Fahnen, große Massen Arbeitender dienten aber auch in den Heeren der kriegführenden Mächte. Nicht nur waren das Angehörige dieser Staaten; auch viele Schweizer Bürger waren darunter. Aus der welschen Schweiz haben sich viele Tausende zum französischen Heere gemeldet.

Der Warenmangel ist von einem anscheinenden Warenüberfluß abgelöst worden; in Wirklichkeit handelt es sich um mangelnde Aufnahmefähigkeit der Käufer. Die Verelendung der Welt macht sich geltend, hervorgerufen nicht nur durch die direkten Verwüstungen und die Menschenverluste des Krieges, sondern vor allem durch die Zerstörung des feinen Organismus der Weltwirtschaft. Was es bedeutet, ein Gefüge zu zerreißen, das in fünfzig Jahren — so lange schon dauert die hochkapitalistische Epoche — eng zusammengewachsen war, das macht man sich immer noch nicht genügend deutlich. Die einmal in einen vorkapitalistischen Zustand wieder hineingedrängten Länder folgten dem Gesetz der Trägheit: sie entwickelten sich nun in der neuen Linie, was bedeutet, daß sie sich immer weiter auseinanderentwickelten, immer weiter in die Isolierung hinein. Bei der Preisfrage wird das sofort klar. Bald nach dem Kriege gab es wieder Waren in Menge. Also hätten in der valutastarken Schweiz die Preise sich senken müssen. Aber sie blieben auf ihrer Höhe, weil nunmehr künstlich die Abschließung der Schweiz vom Weltmarkt vorgenommen wurde.

Warum tat man das? Ganz einfach, weil jetzt in die valutastarke Schweiz Waren in unendlicher Menge aus den valutaschwachen Ländern strömten, Waren, sehr viel billiger als die Schweizer Produkte. Dieser Vorgang ist bekannt. Gleich dahinter aber beginnen die Rätsel.

Man kann durch Einfuhrverbote und durch einen erhöhten Zolltarif — mit beiden hat man in der Schweiz operiert — für die einheimischen Produkte den inneren Markt annähernd bewahren. Das hält aber die Preise hoch, verteuert die Lebenskosten, läßt die Löhne anschwellen und macht die Exportindustrie noch unmöglicher als sie es schon ohnehin ist durch die hohe Valuta. Nun bedenke man, daß die Schweiz ein Land ist mit sehr engem, innerem Markt, ein Land dabei mit ausgedehnter, auf den Export angewiesener Präzisions- und Luxusindustrie: Uhrenfabrikation, Stickereiwaren, Seidenwaren. In diesem Land hört der Export nahezu auf. Exportieren können nur noch Produktionszweige, bei denen der Rohstoff ausschlaggebend ist, und bei denen die Verarbeitung weniger bedeutet. Dazu gehören zum Beispiel gewisse Textilbetriebe, die von dem billigen Einkauf der Wolle oder Baumwolle — billig durch die hohe Schweizer Valuta —